

Chronik der Zeit

6. Juli bis 5. August 1992

6.-8. 7.- Wirtschaftsgipfel. Unter Vorsitz von Bundeskanzler Kohl findet in München der „Wirtschaftsgipfel“ der Staats- und Regierungschefs von sieben westlichen Industrieländern (G-7) statt, an dem auch der Präsident der EG-Kommission teilnimmt. Im Mittelpunkt stehen politische Fragen. In einer besonderen „Erklärung zum ehemaligen Jugoslawien“ heißt es u. a., „die serbische Führung und die von ihr kontrollierten jugoslawischen Streitkräfte“ tragen „die Hauptverantwortung“ für die entstandene Lage. Die Teilnehmer der Konferenz treffen am 8. 7. mit dem russischen Präsidenten Jelzin und Ministerpräsident Gaidar zusammen.

7. 7.- KSZE. Der Ausschuß Hoher Beamter (AHB) faßt in der finnischen Hauptstadt den Beschluß, die Delegation Jugoslawiens (Serbien und Montenegro) von dem bevorstehenden Gipfeltreffen (9.-10. 7.) sowie von allen späteren KSZE-Treffen für hundert Tage bis zum 14. Oktober d. J. auszuschließen. Die Entscheidung fällt nach der Formel „Konsens minus eins“ gegen die Stimme der jugoslawischen Delegation (vgl. „Blätter“, 7/1992, S. 772). - Am 10. 7. verabschieden die Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa an der „Geburtsstätte des Helsinki-Prozesses“ (vgl. „Blätter“, 8/1975, S. 833 ff.) ein umfangreiches „Helsinki-Dokument 1992“. In der darin enthaltenen „Gipfelerklärung“ heißt es u. a., zum „erstenmal seit Jahrzehnten“ sei die KSZE mit Krieg in der eigenen Region konfrontiert: „Neue bewaffnete Konflikte und massive Gewaltanwendung zur Erlangung von Hegemonie und territorialer Expansion sind weiterhin an der Tagesordnung.“ Die „Beschlüsse von Helsinki“ enthalten einen detaillierten Katalog von Maßnahmen zur „Stärkung der KSZE-Institutionen und -Strukturen“. Nach dem Vorbild der Europäischen Gemeinschaften soll der AHB künftig von einer „Troika“ unterstützt werden, der Vorgänger und Nachfolger des Vorsitzenden angehören. Dem Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDMIR) in Warschau wird ein „Hoher Kommissar der KSZE für nationale Minderheiten“ beigege-

ben. Die bisher in Wien geführten Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen sowie die Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa werden in einem neuen „KSZE-Forum für Sicherheitskooperation“ zusammengeführt. Das Forum gilt „als integraler Bestandteil der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ und soll am 22. September d. J. erstmals in der österreichischen Hauptstadt zusammentreten, wo auch das Konfliktverhütungszentrum (KVZ) seinen Sitz hat. Für März 1993 wird das erste Treffen eines ständigen KSZE-Wirtschaftsforums einberufen. Die KSZE, so wird in den Beschlüssen erklärt, betrachte sich als „eine regionale Abmachung im Sinne von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen“ und damit als „ein wichtiges Bindeglied zwischen europäischer und globaler Sicherheit“.

10. 7. - Abrüstung. Die Vertragsstaaten des Vertrages vom 19. November 1990 über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag; Auszüge in „Blätter“, 1/1991, S. 116 ff.) treten am Rande des KSZE-Gipfeltreffens in Helsinki zu einer Außerordentlichen Konferenz unter dem Vorsitz Frankreichs zusammen. Die Teilnehmer unterzeichnen eine Vereinbarung, die die „vorläufige Anwendung des Vertrages... für eine Frist von 120 Tagen“ ermöglicht, ohne den Ratifizierungsprozeß in allen Vertragsstaaten abzuwarten. - Am 3. 8. beginnt die Bundesrepublik im Rahmen des KSE-Vertrages mit der Vernichtung von Kampfpanzern der ehemaligen Nationalen Volksarmee der DDR. An der offiziellen Veranstaltung in Rockensußra (Thüringen) nehmen Beobachter aus anderen KSZE-Staaten teil.

- W E U. Die aus Anlaß des KSZE-Gipfeltreffens in Helsinki anwesenden Außenminister der Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union (WEU) nehmen den Bericht einer Ad-hoc-Gruppe über die Lage in Jugoslawien entgegen und fassen den Beschluß, zur Überwachung des durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verhängten Embargos (Resolutionen 713 und 757) mehrere Kriegsschiffe und Seefemtaufklärungsflugzeuge sowie landgestützte Hubschrauber zu entsenden. Die „Ope-

ration zur Überwachung auf See" solle in internationalen Gewässern vor der jugoslawischen Küste stattfinden. Der UN-Generalsekretär und der amtierende KSZE-Vorsitzende werden „über unsere Initiativen“ unterrichtet.

- Polen. Das Parlament (Sejm) wählt die Juristin Hanna Suchocka, die der Fraktion der Demokratischen Union (UD) angehört, mit 233 gegen 61 Stimmen bei 113 Enthaltungen an die Spitze der Regierung. Zuvor war der Vorsitzende der Bauernpartei, Waldemar Pawlak (vgl. „Blätter“, 7/1992, S. 474), an der Kabinettsbildung gescheitert.

12. 7. - Kuba. Das Parlament verabschiedet in Havanna eine umfangreiche Verfassungsreform, die 77 von 141 Artikeln betrifft. Kuba wird darin als „ein unabhängiger und souveräner sozialistischer Staat“ und „als einheitliche und demokratische Republik“ bezeichnet. Nach Artikel 5 bleibt die Kommunistische Partei „oberste Führungskraft der Gesellschaft und des Staates“. Wahlen sollen künftig auf allen Ebenen „in freier, direkter und geheimer Abstimmung“ erfolgen.

13. 7. — Jugoslawien. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ermächtigt in New York den UN-Generalsekretär, zusätzlich rund 1600 „Blauhelme“ und Zivilpersonal in das umkämpfte Sarajewo, die Hauptstadt von Bosnien-Herzegowina, zu entsenden. - Am 14. 7. gibt der neue Ministerpräsident der „Bundesrepublik Jugoslawien“, Milan Panic (vgl. Blätter, 8/1992, S. 900), vor dem Parlament in Belgrad die Regierungserklärung ab und stellt sein Kabinett vor. Panic spricht sich für eine Entmilitarisierung von Bosnien-Herzegowina aus. Der französische Präsident Mitterrand erklärt am gleichen Tag auf einer Pressekonferenz in Paris, nach seiner Meinung wäre es besser gewesen, in Jugoslawien zunächst die Sicherheit von Minderheiten zu garantieren als neue, gespaltene Nationen anzuerkennen. Mitterrand erneuert seinen Vorschlag einer internationalen Jugoslawien-Konferenz, an der die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates sowie einige EG-Länder, wie Deutschland und Italien, und die betroffenen Balkanstaaten teilnehmen sollten. — Am 4. 8. äußert der UN-Sicherheitsrat seine tiefe Sorge über die „anhaltenden Berichte“ über Menschenrechtsverletzungen in Gefängnissen und Lagern auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawien.

13.-14. 6. - Rußland/USA. Spezialisten beider Regierungen konferieren in Moskau über die Einführung eines weltweiten Raketenabwehrsystems (Global Protection System Against Ballistic Missiles/GPS). In einem Kommuniqué heißt es, man wolle „gemeinsam mit den Verbündeten und anderen interessierten Staaten zusammenarbeiten . . . , um der Verbreitung ballistischer Raketen und Massenvernichtungswaffen entgegenzutreten“.

14. 7. — Israel. Nach den Wahlen vom Juni d. J. (vgl. „Blätter“, 8/1992, S. 902) übernimmt Itzhak Rabin (Arbeiterpartei) die Regierung und löst den bisherigen Ministerpräsidenten Itzhak Schamir (Ukud-Block) ab. Das von Rabin geführte Koalitionskabinett wird im Parlament von 62 der 120 Abgeordneten unterstützt. Der neue Regierungschef bezeichnet bei seinem Amtsantritt die Verhandlungen mit den arabischen Nachbarn und die Verbesserung der Beziehungen zu den USA als vorrangige Ziele seiner Politik. - Am 16. 7. kündigt Wohnungsbauminister Benjamin Ben-Eliezer (Arbeiterpartei) eine Überprüfung der Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten (Cisjordanien und Gaza) an. Die Ankündigung ist mit vorläufigen Vertragsaussetzungen und einem teilweisen Baustopp verbunden.

15. 7. - Bundesregierung. Das Kabinett stimmt der Teilnahme von Bundeswehreinheiten an der Überwachung des UN-Embargos gegen Serbien und Montenegro in der Adria zu und folgt damit einem entsprechenden Beschluß der Westeuropäischen Union (vom 10. 7.). Die verfassungsrechtlichen Bedenken der parlamentarischen Opposition werden zurückgewiesen. Auf Antrag der SPD findet am 22. 7. eine Sondersitzung des Bundestages statt, auf der das Thema kontrovers diskutiert wird. Den Standpunkt der Regierung trägt Bundesaußenminister Kinkel (FDP) vor. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Klose begründet die Absicht seiner Partei, eine Klage beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe einzureichen.

- Südafrika. Vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in New York beschuldigt der Führer des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), Nelson Mandela, die südafrikanische Regierung einer kaltblütigen Strategie des staatlichen Terrorismus und der kriminellen Unterlassung von Maßnahmen zur Unterbindung der politischen Gewalt und fordert die Ernennung eines Sonderbeauftragten des UN-

Generalsekretärs für Südafrika. Die Vorwürfe Mandelas werden von Außenminister Pik Botha zurückgewiesen. Mit einer Erkundungsmission in Südafrika wird am 16. 7. der frühere amerikanische Außenminister Cyrus Vance beauftragt. - Am 3. 8. rufen der ANC und der Gewerkschaftsbund COSATU zum Generalstreik im Rahmen einer einwöchigen Protestkampagne auf, um die Forderung nach Einsetzung einer Übergangsregierung und der Wahl einer verfassunggebenden Versammlung zur völligen Abschaffung der Apartheid zu unterstützen.

17. 7. — Tschechoslowakei. Das Parlament in Bratislava proklamiert die Souveränität der Slowakei. Die entsprechende Erklärung wird mit 113 gegen 24 Stimmen bei 10 Enthaltungen angenommen. In einer Fernsehansprache kündigt Präsident Vaclav Havel seinen Rücktritt zum 20. 7. an (Text in „Dokumente zum Zeitgeschehen“). Der Präsident erklärt zur Begründung, er wolle den großen Veränderungen des Staates und den Emanzipationsbestrebungen der Slowakei nicht im Wege stehen und könne die Verpflichtungen aus seinem Amtseid nicht mehr mit seinen Überzeugungen und seinem Gewissen vereinbaren.

18. 7. - Naher Osten. Der amerikanische Außenminister Baker kommt zu einem mehrtägigen Besuch nach Israel, wo er u. a. mit dem neuen Ministerpräsidenten Rabin und Außenminister Perez zusammentrifft. Baker reist anschließend nach Jordanien, Syrien, Ägypten und Saudiarabien. - Am 21. 7. führt Rabin in Kairo ein Gespräch mit dem ägyptischen Präsidenten Mubarak. Es handelt sich um die erste Begegnung der führenden Politiker der beiden Staaten seit sechs Jahren. Mubarak nimmt die Einladung zu einem Besuch Israels an. - Am 1. 8. kündigt Verteidigungsminister Cheney in Washington die Verstärkung der amerikanischen Militärpräsenz im Persischen Golf an. Zunächst sollten 2400 Mann für zwei Monate nach Kuwait verlegt werden.

23.-24. 7. - Iberoamerika. Auf Einladung der spanischen Regierung findet in Madrid ein iberoamerikanischer Gipfel statt: vertreten sind die Staats- und Regierungschefs von 21 Staaten. Das Schlußdokument bezeichnet als gemeinsames Ziel die „freie, offene und pluralistische Gesellschaft“. Zu den Unterzeichnern gehört auch der kubanische Präsi-

dent Fidel Castro, der sich erstmals zu einem offiziellen Besuch in Westeuropa aufhält. Aus Anlaß der Konferenz wird in der spanischen Hauptstadt ein Iberoamerika-Haus eingeweiht, das als Zentrum für eine engere politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit dienen soll.

29. 7. - Rußland/BRD. Der ehemalige DDR-Staatsratsvorsitzende und SED-Generalsekretär Erich Honecker wird mit dem Einverständnis der chilenischen Regierung von den russischen Behörden mit einem Sonderflugzeug nach Deutschland überstellt und entsprechend einem vorliegenden Haftbefehl von der Berliner Justiz in Untersuchungshaft genommen. Honecker war im März v. J. aus einem sowjetischen Armeehospital im Land Brandenburg nach Moskau gebracht worden (vgl. „Blätter“, 5/1991, S. 517 f.) und hatte sich seit Dezember v. J. dort in der diplomatischen Vertretung Chiles als Gast des Botschafters aufgehalten. Die Verteidigung kündigt Anträge auf Aussetzung des Haftbefehls bzw. Haftverschonung an.

31. 7. - UNO. Auf Empfehlung des Sicherheitsrats beschließt die Generalversammlung in New York die Aufnahme Georgiens als 179. Mitglied der Weltorganisation. Damit gehören alle 15 Republiken der ehemaligen Sowjetunion den Vereinten Nationen an.

3. 8. — Frankreich. Als letztes der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen tritt Frankreich dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen (Text in „Blätter“, 7/1968, S. 767 ff.) bei. Ein Sprecher des Außenministeriums in Paris erklärt dazu, seine Regierung werde sich mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde auch um eine unbefristete Verlängerung des im Jahre 1995 auslaufenden Vertrages bemühen.

4. 8. - Bulgarien/Rußland. Die Präsidenten Schelew (Bulgarien) und Jelzin (Rußland) unterzeichnen in Sofia einen „Vertrag über freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit“ zwischen beiden Staaten, der eine Laufzeit von zehn Jahren hat. Die beiden Verteidigungsminister Stalijski (Bulgarien) und Gratschow (Rußland) setzen gleichzeitig ihre Unterschrift unter ein Abkommen für militärische Zusammenarbeit.